

STEFAN ENGEL

DIE KRISE

DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE UND DES OPPORTUNISMUS

4. verbesserte Auflage

Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und die Lehre von der Denkweise

II. Teil

Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und des Opportunismus

4. verbesserte Auflage
Mai 2022

Redaktionskollektiv REVOLUTIONÄRER WEG
unter Leitung von Stefan Engel
Schmalhorststr. 1b, 45899 Gelsenkirchen

Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und des Opportunismus

Zuerst erschienen als REVOLUTIONÄRER WEG 37/II. Teil
in der Reihe REVOLUTIONÄRER WEG 36 bis 39

Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und die Lehre von der Denkweise

© Verlag Neuer Weg
Mediengruppe Neuer Weg GmbH
Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen
verlag@neuerweg.de
www.neuerweg.de

Gesamtherstellung: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

ISBN 978-3-88021-616-7
ePDF ISBN 978-3-88021-611-2

Stefan Engel

**Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und die
Lehre von der Denkweise**

II. Teil

**Die Krise der bürgerlichen Ideologie
und des Opportunismus**

Verlag Neuer Weg

Inhalt

Die Krise der bürgerlichen Ideologie und die Lehre von der Denkweise

II. Teil: Die Krise der bürgerlichen Ideologie und des Opportunismus	7
Einleitung	7
1. Der Offenbarungseid des Neoliberalismus	12
2. Die bürgerliche politische Ökonomie – ein Scherbenhaufen	24
3. Weltanschauliche Ursachen für das desaströse Krisenmanagement in der Covid-19-Pandemie	42
4. Der Neopragmatismus als weltanschauliche Grundlage des bürgerlichen Krisenmanagements	57
5. Die Krise des Positivismus von Karl Popper	66
6. Bürgerliche Digitalisierungsmythen und der Hype um die »künstliche Intelligenz«	78
7. Die fortschreitende Krise des Reformismus	97
8. Der Neorevisionismus als untaugliche Antwort auf die Krise des modernen Revisionismus	116
9. Neorevisionistische Spurenverwischung durch die Kommunistische Partei Griechenlands	129
10. Die weltanschauliche Grundlage des chinesischen Sozialimperialismus	134

11. Abdullah Öcalans Illusion vom »demokratischen Konföderalismus«	148
12. Die Juche-Ideologie Kim Il Sungs – ein idealistisches Konstrukt	162
13. Enver Hoxhas Weg zum Revisionismus in Albanien	178
14. Die Verirrungen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Salonmarxisten	190
15. Die Krise des Trotzismus	209
16. Das Elend des Postmodernismus	222
17. Die Renaissance faschistischer Ideologien auf neuer Grundlage	232
18. Verschwörungstheorien und faschistische Propaganda	256
Schlussbemerkung	266

II. Die Krise der bürgerlichen Ideologie und des Opportunismus

Einleitung

Der zweite Teil der Buchreihe »Die Krise der bürgerlichen Ideologie und die Lehre von der Denkweise« behandelt die wesentlichen Spielarten der bürgerlichen Ideologie seit der Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktion in den 1990er-Jahren. Angesichts des wachsenden kapitalistischen Krisenchaos und einer weitverbreiteten weltanschaulichen Desorientierung steht dabei die Kritik an den **wichtigsten opportunistischen Richtungen der Gegenwart** im Vordergrund. Gegen den Opportunismus polemisierte schon Lenin, weil er »*die beständigen und dauernden Interessen des Proletariats seinen Pseudo- und Augenblicksinteressen*«¹ opfert.

Der Opportunismus soll die Arbeiter- und die Volksbewegung vom Klassenkampf und vom wissenschaftlichen Sozialismus abbringen. Er nimmt schädlichen Einfluss auf Teile der internationalen revolutionären und Arbeiterbewegung. Jeder politisch denkende und verantwortlich handelnde Mensch muss sich heute die Frage stellen, wie er zu dem weltumspannenden kapitalistischen System steht. Neben aberwitzigem Reichtum produziert es millionenfaches Elend und setzt die Lebensgrundlagen der Menschheit aufs Spiel. Heult man da mit den Wölfen und beerdigt endgültig den Traum von einer

¹ Lenin, »Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?«, Werke, Bd. 11, S. 42

befreiten Gesellschaft, nur weil der Sozialismus durch den revisionistischen Verrat in der Sowjetunion oder in China eine zeitweilige Niederlage hinnehmen musste? Oder verhilft man dem gigantischen Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Errungenschaften in der gesellschaftlichen Produktion zum Durchbruch gegen den Sog von **Pragmatismus und Opportunismus** und schließt sich der notwendigen revolutionären Umwälzung der Gesellschaft an?

Zu den grundlegenden Aufgaben der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung gehört, den wissenschaftlichen Sozialismus im Kampf gegen alle Schattierungen des Opportunismus hochzuhalten und durch die gründliche Auswertung positiver und negativer Erfahrungen weiterzuentwickeln.

Das Buch beginnt mit einer Polemik gegen die Fantasterei des US-amerikanischen Philosophen **Francis Fukuyama** vom »Ende der Geschichte«. Er brachte den Wunschtraum der Herrschenden zum Ausdruck, dass der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der bürokratisch-kapitalistischen und sozialimperialistischen Sowjetunion und des von ihr abhängigen Wirtschaftsblocks RGW² 1991 ein für alle Mal über den Sozialismus gesiegt hat.

Die allgemeine Krisenhaftigkeit des imperialistischen Weltsystems, der Aufschwung der Arbeiterkämpfe und der Volksbewegungen, die Neuformierung der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung sowie die unübersehbare Suche eines wachsenden Teils der Arbeiterklasse und der Massen nach einer gesellschaftlichen Alternative zeigen, dass die Massen nicht in der kapitalistischen Barbarei untergehen wollen.

² Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Das Buch behandelt im Weiteren den **Offenbarungseid des Neoliberalismus**. Es zeigt den Scherbenhaufen der bürgerlichen Ökonomie anhand des Krisenmanagements der Regierungen in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis 2014 auf. Das katastrophale Krisenmanagement der deutschen Bundesregierung in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise ab Mitte 2018 in Wechselwirkung mit der Covid-19-Pandemie wird einer scharfen Kritik unterzogen. Dabei werden vor allem seine weltanschaulichen Ursachen untersucht.

Bürgerliches Krisenmanagement ist zur zentralen Aufgabe jeder imperialistischen und kapitalistischen Regierung geworden. Auf der Basis der Unwissenschaftlichkeit und der Prinzipienlosigkeit von **Pragmatismus und Positivismus** ist es jedoch unmöglich, die gesellschaftlichen Probleme wirklich und nachhaltig zu lösen.

Der weltanschauliche Kampf gegen diese **idealistischen und metaphysischen Erkenntnistheorien** ist besonders wichtig, weil sie einen negativen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung der Massen ausüben: sei es über den bürgerlichen Politikbetrieb, die bürgerlichen Medien, das bürgerliche Erziehungswesen, die Religion oder über die Kultur und die Wissenschaft.

Das Buch vertieft und erweitert die grundsätzliche Kritik am **Reformismus**, dessen Krise in Deutschland seit dem Scheitern der Schröder/Fischer-Regierung im Jahr 2005 andauerte und sich vertieft hat.

Ebenso werden die Analyse und Kritik an neuen Varianten des Revisionismus wie dem **Neorevisionismus** des chinesischen Staatspräsidenten und Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas **Xi Jinping** oder der reaktionären idealistischen »**Juche-Theorie**« von **Kim Il Sung** in Nordkorea fortgesetzt. Zu diesem Komplex gehört auch die Kritik am illusionären **Konzept eines »demokratischen Kon-**

föderalismus«, das **Abdullah Öcalan**, der Führer des kurdischen Befreiungskampfs, entwickelt hat. Kritisiert werden zudem die negativen Einflüsse des **Postmodernismus**, des **kleinbürgerlichen Nationalismus** und **Sozialchauvinismus**, des **Trotzkismus**, des abgehobenen **Salonmarxismus** sowie weitere **kleinbürgerlich-pseudoradikale** oder **anarchistische/antiautoritäre Varianten**. Kritisch beleuchtet wird auch der Weg der Partei der Arbeit Albaniens unter Führung **Enver Hoxhas** zum **Revisionismus**.

Mit dem Eroberungsfeldzug der Digitalisierung in Produktion und Handel sowie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wuchs eine ganze Reihe bürgerlicher und kleinbürgerlicher Theorien heran. Ein regelrechter **Hype** entstand **um die Digitalisierung**. All diese Theorien schaffen neue Illusionen über die kapitalistische Wirklichkeit und stellen sich der Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung der krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft hin zum Sozialismus entgegen. Notwendig ist stattdessen eine nüchterne Analyse, wie sich die modernen Produktivkräfte als materielle Vorbereitung des Sozialismus entwickeln und wie sie zugleich massiv ihre destruktive Wirkung im imperialistischen Welt-system entfalten.

Die Rechtsentwicklung der imperialistischen Regierungen, der bürgerlichen Parteien und ihrer Institutionen hat offen reaktionäre Spielarten der bürgerlichen Ideologie reproduziert oder neue hervorgebracht. Neben dem **bürgerlichen Nationalismus** machte sich der **Neofaschismus** mit neuen Organisationen, Formen und Methoden breit. Sie konnten in den letzten Jahren durchaus Einfluss nehmen auf rückständige Teile der Massen, auch unter der Jugend. Größeren Einfluss bekamen diese offen reaktionären Strömungen unter anderem durch **Verschwörungstheorien**, die heute breite Massen über das Internet direkt erreichen können. In der

Gesamtheit kennzeichnet dies eine **wachsende Gefahr des Faschismus**, der man schon in ihren Anfängen politisch und weltanschaulich entschieden entgegentreten muss.

Der zweite Teil der vierteiligen Buchreihe »Die Krise der bürgerlichen Ideologie und die Lehre von der Denkweise« unter dem Titel »Die Krise der bürgerlichen Ideologie und des Opportunismus« baut auf dem ersten Teil auf, der unter dem Titel »Die Krise der bürgerlichen Ideologie und des Antikommunismus« im April 2021 erschienen ist. Er konkretisiert und erweitert die Analyse der bürgerlichen Ideologie und ihrer krisenhaften Entwicklung und polemisiert wissenschaftlich gegen sie und ihre schädliche Wirkung auf die Arbeiterbewegung. Das Buch zielt als streitbarer Diskussionsbeitrag für die internationale revolutionäre und Arbeiterbewegung auf die Gewinnung der Massen für die proletarische Weltanschauung und auf ihr revolutionäres Handeln. Es entstand in einem organisierten kollektiven Erkenntnisfortschritt der Redaktion REVOLUTIONÄRER WEG.

Stefan Engel, Januar 2022

1. Der Offenbarungseid des Neoliberalismus

Der amerikanische Philosoph **Francis Fukuyama** prophezeite 1989 das »Ende der Geschichte«: »*Die liberale Demokratie*« wäre der »*Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit*.«³

Euphorisch griffen die bürgerlichen Ideologen, Politiker und Journalisten diese fragwürdige These auf und malten der Weltöffentlichkeit den Siegeszug der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in schillernden Farben aus.

In Wahrheit bildete sich lediglich ein einheitlicher kapitalistischer Weltmarkt heraus, der einer neuen Periode grenzüberschreitender Investitionen den Weg ebnete und eine Reihe neuer Erscheinungen und wesentlicher Veränderungen des imperialistischen Weltsystems mit sich brachte. Der in der bürgerlichen Öffentlichkeit dafür verwendete Begriff der »Globalisierung« beschreibt diese Entwicklung nur oberflächlich und wertneutral. Er verschleiert nur, dass der Prozess der sprunghaften Konzentration des internationalen Finanzkapitals die Dimension einer **Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktion** annahm und sich ein **allein herrschendes internationales Finanzkapital** herausgebildet hat.

In dieser Situation erlangte der Ökonom **Friedrich August von Hayek** (1899–1992) neue Attraktivität unter den bürgerlichen Ökonomen. Sein Mitte der 1940er-Jahre entstandenes Werk »Der Weg zur Knechtschaft« gilt gemeinhin als Klassiker des Neoliberalismus. Darin führte Hayek eine weltanschauliche Abwehrschlacht gegen die Anziehungskraft, die die in der damals noch sozialistischen Sowjetunion florierende

³ Der Spiegel 15/1992, Interview mit Francis Fukuyama

Planwirtschaft auf die Massen in der ganzen Welt ausübte. Er vertrat tatsächlich,

»daß das System des Privateigentums die wichtigste Garantie für die Freiheit ist, und zwar nicht nur für diejenigen, die Eigentum besitzen, sondern auch fast ebenso sehr für die, die keines haben.« (S. 107)

Welch feiner Unterschied, den sich Hayek mit dem Wörtchen *»fast«* mühsam abringt! Die Freiheit der Kapitalisten besteht darin, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu besitzen und zur Ausbeutung zu nutzen. Den Arbeitern bleibt dagegen die *»fast ebenso«* große *»Freiheit«*, den Kapitalisten ihre Arbeitskraft als Ware gegen einen Lohn zu verkaufen, der grundsätzlich nur einen Bruchteil des erarbeiteten Werts ausmacht.

In Deutschland zählten die Reaktionäre Franz Josef Strauß (CSU) und Otto Graf Lambsdorff (FDP) zu den offenen Anhängern von Hayeks Wirtschaftstheorie. In den 1980er-Jahren beriefen sich der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan und die als *»eiserne Lady«* bekannte britische Premierministerin Margaret Thatcher auf Hayeks Schriften. Seine Theorien dienten ihnen als Rechtfertigung, als sie in großem Umfang staatliche Einrichtungen privatisierten und rigoros soziale Errungenschaften abbauten.

Margaret Thatcher ließ in den 1980er-Jahren nahezu den gesamten staatlichen Kohlebergbau Großbritanniens sowie große Teile der Stahlproduktion stilllegen und stürzte Zehntausende Stahl- und Bergarbeiter in die Arbeitslosigkeit. Die über 100 000 Bergleute und ihre Familien, die 1984 ein Jahr lang aktiven Widerstand gegen Stilllegungen und Entlassungen leisteten und streikten, hatten wohl Hayeks Schriften nicht gelesen, sonst hätten sie eingesehen, dass sie sich gegen ihre eigene *»Freiheit«* auflehnten.

Milton Friedman (1912–2006), US-amerikanischer Ökonom und führender Ideologe des Neoliberalismus, trat später in Hayeks Fußstapfen. Auch er bemühte 2005 erneut das große Wort der Freiheit:

»Die Welt ist freier geworden durch den Kollaps der Sowjetunion und die Wandlungen Chinas. ... Jeder weiß heute, dass der Weg zum Erfolg für unterentwickelte Länder nur in freieren Märkten und der Globalisierung liegt.«⁴

Friedman war so eingenommen von sich und seinen Auffassungen, dass er seine Ansichten zum Allgemeinwissen hochstilisierte. *»Jeder weiß heute«* – ausgenommen natürlich die unbelehrbaren Marxisten-Leninisten, die solchen bürgerlichen Weisheiten von »freien Märkten« nie etwas abgewinnen konnten.

Die **Philosophie des Neoliberalismus** bezweckte ökonomisch, staatliche Einrichtungen und Konzerne in den meisten Ländern der Welt zu privatisieren und als neue Anlagemöglichkeit für überschüssiges Kapital der Monopole zu erschließen. **Politisch** strebten die imperialistischen Länder danach, ihr Gewicht im internationalen Kräfteverhältnis zu erhöhen, und trieben die Mehrheit der neokolonial abhängigen Länder in noch umfassendere Abhängigkeit.

Der deutsche Imperialismus beförderte vormals staatliche Monopole wie Lufthansa, VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG), Deutsche Post oder Deutsche Telekom zu neuen »Global Players«, ließ sie in den Kreis des allein herrschenden internationalen Finanzkapitals aufsteigen. Hunderttausende Beschäftigte – wie Reinigungskräfte, Sicherheitsdienste oder Kantinenpersonal – wurden durch billigere private Dienste ersetzt und einer verschärften Ausbeutung

⁴ Milton Friedman, »Die Welt ist freier geworden«, Handelszeitung, 7. 12. 2005

ausgesetzt. Weltweit startete das internationale Finanzkapital einen Raubzug auf Einrichtungen der Daseinsfürsorge wie Krankenhäuser, Schulen, Universitäten bis hin zu Rentenversicherungen, Strom- und Wasserversorgung sowie der Abfallentsorgung. Diese waren fortan nach kapitalistisch-industriellen Prinzipien organisiert und sollten vor allem Maximalprofite erzielen. Dieser Prozess erweiterte jedoch auch die Reihen des **internationalen Industrieproletariats** und stärkte seine Kampfkraft.

An der Spitze der Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktion bildete sich eine **Schicht des internationalen Finanzkapitals**, zu der weltweit die etwa 500 größten Monopole des Bank-, Industrie-, Agrar- und Handelskapitals gehören. Die von den Verfechtern des Neoliberalismus verkündeten Illusionen von »Freiheit« und »Wohlstand für Arm und Reich« entpuppten sich als die **Alleinherrschaft des internationalen Finanzkapitals über Politik und Wirtschaft der ganzen Welt**.

Die kapitalistische Akkumulation des internationalen Finanzkapitals wuchs sprunghaft und grenzüberschreitend. Das verleitete Monopole sowie bürgerliche Politiker und Ökonomen, von einem unaufhaltsamen und langanhaltenden Aufschwung zu träumen. Die Neuorganisation der internationalen Produktion brachte jedoch ein grundlegendes Problem mit sich, das die Broschüre »Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen« 2009 so beschrieb:

»Solange sich der Kapitalismus leicht in die Breite entwickeln konnte, indem er immer mehr Länder in die kapitalistische Produktionsweise einbezog und auf diese Weise neue Märkte erschloss, konnte er die Lösung der ihm eigenen inneren Widersprüche immer wieder hinausschieben. Dieser historische Prozess neigt sich tendenziell seinem Ende zu, weil

jede neue Ausdehnung des Marktes von der Produktion rasch überholt wird, und weil der inzwischen vollendete Weltmarkt sich nun ebenso sehr als eine Schranke erweist wie früher die beschränkten nationalen Märkte.«⁵

Mit der Neuorganisation der internationalen Produktion erreichte die **historische Entwicklung des Imperialismus eine relative Grenze**.

Das äußerte sich in einer tiefen **Strukturkrise**. Die internationalen Monopole vernichteten weltweit Millionen von Arbeitsplätzen. Sie entfesselten Kriege wie 1999 den NATO-Krieg in Jugoslawien, um die Neuorganisation der internationalen Produktion durchzusetzen. Der Raubbau an der natürlichen Umwelt verschärfte sich sprunghaft, die Umweltkrise wurde zu einer neuen Gesetzmäßigkeit der monopolistischen Produktionsweise und beschleunigt bedrohlich den Übergang zu einer globalen Umweltkatastrophe. Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen dekadentem Überfluss und grassierendem Hunger, zwischen imperialistischen und neokolonial abhängigen Ländern öffnete sich dramatisch.

Die Kräfteverhältnisse im Kreis der internationalen Monopole und ihrer imperialistischen Staaten veränderten sich grundlegend. Das sozialimperialistische China strebt eine internationale Führungsrolle als imperialistische Supermacht an und versucht, die USA als bisher führende imperialistische Macht auf den zweiten Platz zu verweisen. Russland, Indien, die Türkei, Mexiko, Südafrika, Südkorea oder Brasilien sind weitere neuimperialistische Länder, die es auf eine regionale oder sogar internationale Führungsrolle abgesehen haben. Der Kampf der imperialistischen Länder und der internatio-

⁵ Stefan Engel, »Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen. Einige Ergänzungen zur marxistisch-leninistischen Krisentheorie«, S. 24

nenalen Monopole um die Neuaufteilung der Märkte, Ressourcen und Einflussgebiete erhöht die **allgemeine Kriegsgefahr**.

Die offene Krise der Neuorganisation der internationalen Produktion

Die Wiederherstellung eines einheitlichen Weltmarkts erwies sich nur vorübergehend als Ausweg für das grenzenlose Expansions-, Profit- und Machtstreben des Monopolkapitals. Nach einer jeweils kurzen Phase der Belebung stürzte die Weltwirtschaft bereits 1991 bis 1993 sowie 2001 bis 2003 in Überproduktionskrisen. Der **antagonistische Grundwiderspruch des Imperialismus entfaltete sich im globalen Maßstab**: zwischen der gesellschaftlichen, inzwischen hauptsächlich internationalisierten kapitalistischen Produktion und der privaten Aneignung durch das in viele Staaten und Blöcke zersplitterte allein herrschende internationale Finanzkapital.

Die bis dahin tiefste **Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis 2014** erfasste erstmals alle alten imperialistischen Länder und das allein herrschende internationale Finanzkapital in seiner Gesamtheit. Sie war mit einer **offenen Krise der Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktion** verbunden. Nur mit einem gemeinsamen länderübergreifenden Krisenmanagement gelang es den 20 wirtschaftlich größten imperialistischen Staaten (G20) unter Führung der US-amerikanischen Obama-Regierung, größere politische Erschütterungen in den imperialistischen Ländern und im imperialistischen Weltsystem abzdämpfen.

Doch damit waren die Probleme keineswegs gelöst.

Angesichts der bedrohlich beschleunigten Entwicklung der globalen Umweltkrise hin zu einer globalen Umweltkatastrophe **erwachte weltweit das Umweltbewusstsein**.

Demokratische Aufstandsbewegungen gegen diktatorische Regimes **in arabischen Ländern**⁶ gaben 2011 ein Zeichen länderübergreifender **Rebellion gegen die neue Weltordnung**. **Hungeraufstände** in afrikanischen Ländern mündeten in gesamtgesellschaftliche Krisen. Die **Zerrüttung der staatlichen Ordnung** wurde zum allgemeinen Kennzeichen in immer mehr vom Imperialismus abhängigen Ländern.

Um die Jahrtausendwende setzte **in Lateinamerika** ein **länderübergreifender Prozess der revolutionären Gärung** ein. Das Signal dazu gab der nationale Volksaufstand »Argentinazo«⁷ in Argentinien 2001. Es folgte die Volkserhebung gegen einen reaktionären Putschversuch zum Sturz der Regierung Chávez in Venezuela 2002. 2003 und 2005 stürzten jeweils Volksaufstände die Regierung in Bolivien.

Treffend qualifizierte das Werk »Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution« 2011 diese Entwicklung:

*»Die Daseinsweise des imperialistischen Weltsystems ist infolge der Neuorganisation der internationalen Produktion von **allgemeiner Krisenhaftigkeit** gekennzeichnet.«⁸*

⁶ Der oft verwendete Begriff »Arabischer Frühling« wird von den dortigen revolutionären Organisationen abgelehnt, weil die Entwicklung entgegen der Lesart der imperialistischen USA oder EU in neue reaktionäre Regimes mündete.

⁷ Die Ausplünderung des Staatshaushalts Argentinien durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank entwertete die Spareinlagen der Massen. Mehrere Generalstreiks mündeten am 19. 12. 2001 in den nationalen Volksaufstand »Argentinazo«, der tags darauf den argentinischen Präsidenten De la Rúa zum Rücktritt zwang.

⁸ Stefan Engel, »Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution«, S. 175

Neue bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien zur Rettung des Imperialismus

Je deutlicher die Verwerfungen der Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktion in Erscheinung traten, desto mehr mussten auch die bürgerlichen Ideologen von ihren bisherigen Theorien Abstand nehmen und sie durch neue ersetzen. Anschaulich beschrieb der Journalist Hermann Theißen im »Deutschlandfunk« am 25. Oktober 2004:

»Der globale Kapitalismus, verhieß Fukuyama, entfalte seine das ganze Erdenrund mit Wachstum und Wohlstand beglückende Kraft aufs Schönste, wenn er weder durch Gesetze, Zölle noch durch staatliche Regulierung gestört werde. Regierungen dienen in dieser Logik dem Allgemeinwohl dann am besten, wenn sie den Märkten das Feld überlassen. Privatisierung, Deregulierung und Rückzug des Staates hieß die Zauberformel der neuen finalen Geschichtsutopie. ... Heute will Fukuyama sich nicht mehr an sein Geschwätz von damals erinnern.«⁹

Welch armseliger Zickzackkurs der bürgerlichen Meinungsmacher, selbstverständlich ohne jeden Anflug von Selbstkritik! Was war es auch für eine absurde Vorstellung Fukuyamas, vom »Ende der Geschichte«¹⁰ zu reden, mit dem die »Evolution der Menschheit« irgendwann einen »Endpunkt« erreichen könnte. Die Menschheit wird sich so lange weiterentwickeln, bis ihre Existenz durch das Erkalten der Sonnenglut unmöglich wird.

Eine Flut von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien entstand, wie die Menschheit der zunehmenden Krisenhaftigkeit des imperialistischen Weltsystems Herr werden

⁹ Hermann Theißen, Besprechung des Buchs von Francis Fukuyama, »Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik«, Deutschlandfunk, 25.10.2004

¹⁰ Francis Fukuyama, »Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?«, 1992

könnte. In den meisten dieser Theorien spielten Illusionen einer »**Demokratisierung des Staats**« eine Schlüsselrolle: Der Staat solle dem Neoliberalismus und der ungehemmten Ausbeutung von Mensch und Natur seitens des »entfesselten Kapitals« durch allerlei Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder Steuern ein Ende setzen oder zumindest Schranken aufzeigen. In dem Buch »Götterdämmerung über der ›neuen Weltordnung«« heißt es dazu:

*»Die ›Artenvielfalt‹ der kleinbürgerlichen Globalisierungskritik ist beträchtlich, aber alle Exemplare durchzieht wie ein roter Faden die **Trennung der Ökonomie des Imperialismus von seiner Politik**.«¹¹*

Die erträumte Trennung der Politik von der Ökonomie ist purer Idealismus. Demnach soll der weltanschauliche und politische Überbau die ökonomische Basis, die kapitalistische Produktionsweise, beliebig prägen und kraft der Ideen grundlegend verändern können, ohne die objektiv wirkenden materiellen Gesetze anzurühren. Dementsprechend könne, so verbreiten die kleinbürgerlichen Globalisierungskritiker, durch öffentlichkeitswirksame Appelle, politischen Druck und veränderte Regierungsmehrheiten eine Wende erreicht und das imperialistische Weltssystem zu einer »sozialen, ökologischen und friedlichen Ordnung transformiert« werden.

»**Ökologische und soziale Transformation**« ist zu einem beliebten Schlagwort der im Dezember 2021 angetretenen Koalitionsregierung aus SPD, »Grünen« und FDP geworden. Der Begriff »Transformation« soll den abgenutzten Begriff der »Reform« ersetzen.

Nicht die Traumschlösser der politischen »Transformatoren«, sondern die internationale monopolistische Produk-

¹¹ Stefan Engel, »Götterdämmerung über der ›neuen Weltordnung«, S. 563

tionsweise bestimmt aber das gesellschaftliche Leben. Auf ihr erhebt sich der Überbau der Diktatur des allein herrschenden internationalen Finanzkapitals, wirken die kulturellen, politischen und militärischen Institutionen, die diese ökonomische Basis gewährleisten und – falls nötig – erbittert verteidigen. Um die imperialistische Profitwirtschaft zu einer »sozialen und ökologischen Ordnung« zu transformieren, muss das imperialistische Weltssystem revolutionär überwunden werden. Das dürfte freilich von den Propagandisten der »Transformation« kaum zu erwarten sein.

Die Erschütterungen der bürgerlichen Ökonomie und Ideologie ließen die bürgerlichen Vordenker in neuen Fantastereien schwelgen. **Klaus Schwab**, der Gründer des Weltwirtschaftsforums in Davos, schwärmte in einem Interview mit Zeit Online am 21. September 2020:

»Ich bin davon überzeugt, dass wir den Kapitalismus neu definieren müssen. Wir dürfen nicht nur das Finanzkapital berücksichtigen, sondern auch das Sozialkapital, das Naturkapital und das menschliche Kapital. Unternehmen, die heute erfolgreich sein wollen, müssen alle diese Komponenten in ihre Strategie einbeziehen. Vor allem, weil wir es mit einer jungen Generation zu tun haben, die sich viel stärker der negativen Folgen eines Kapitalismus und einer ungehemmten Globalisierung bewusst ist. Es muss ein Umdenken stattfinden.«

Das »Umdenken« soll sich also keinesfalls auf eine ernsthafte Infragestellung des Kapitalismus beziehen, sondern nur auf neue Rechtfertigungen gegenüber einer kapitalismuskritischen Jugend! Klaus Schwab versucht, das elementare Profit- und Machtstreben im Imperialismus umzudeuten und die destruktive Wirkung, die die Existenz der ganzen Menschheit bedroht, hinter neuen Definitionen verschwinden zu lassen. Die grandiose Weiterentwicklung seiner politischen Ökonomie besteht darin, die gesellschaftlichen Prozesse in kapita-

listische Kategorien einzuteilen, die angeblich allesamt dem Wohl der Menschheit dienen: Das Sozialwesen heißt nun »*Sozialkapital*«, die natürliche Umwelt »*Naturkapital*« und die menschliche Arbeitskraft wird als »*das menschliche Kapital*« definiert.

Die bürgerlichen Ideologen sind so borniert, dass sie sich die Wirklichkeit und das menschliche Dasein nur noch als Abbild des kapitalistischen Produktions- und Austauschprozesses vorstellen können. Schwab beschwört seine Leser:

»Nein, der Kapitalismus ist nicht das Problem. ... Ich plädiere nicht für eine Systemänderung. Ich plädiere für eine Systemverbesserung.«¹²

In der romantischen Seifenoper seiner »*Systemverbesserung*« soll ein »*starker Staat*« der Hauptdarsteller sein! Ausgerechnet die krisengeschüttelten Staatsapparate machen aber das Leben der Massen um keinen Deut besser, nur weil sie moderner inszeniert werden.

Der Autor **Lutz Leisering** aus der **Bundeszentrale für politische Bildung** prophezeite 2008 unter der Überschrift »Soziale Globalisierung? Die Entstehung globaler Sozialpolitik«,

»zukünftig kann mit weiterem Ausbau globaler Sozialpolitik gerechnet werden: Entwicklungspolitik wird zunehmend sozial- (statt nur struktur-)politisch ausgerichtet, und mit der neueren Menschenrechtspolitik ist weltpolitisch ein Instrument erwachsen, das auch soziale Belange der Menschen nachhaltig stützt.«¹³

Die Seifenoper wird zur Tragödie! Angesichts des Jahrzehnte anhaltenden Abbaus sozialer Errungenschaften in

¹² Klaus Schwab, »Der Neoliberalismus hat ausgedient«, Zeit Online, 21.9.2020

¹³ Lutz Leisering, www.bpb.de/apuz/31224/soziale-globalisierung

den meisten Ländern der Welt, 811 Millionen hungernder und mehr als zwei Milliarden unterernährter Menschen¹⁴ von einem »weiteren Ausbau globaler Sozialpolitik« zu schwadronieren, gleicht dem Ausspruch des Kapitäns eines auf den Meeresgrund sinkenden Schiffs, nun sei wieder Land in Sicht.

Die salbungsvollen Ankündigungen einer angeblich sozialen Globalisierung konnten nicht verhindern, dass 2015 eine sich Jahr für Jahr verschärfende **globale Krise der bürgerlichen Flüchtlingspolitik** ausbrach. Offiziell mehr als 82 Millionen Flüchtlinge¹⁵ auf der Welt sind eine einzige Anlage gegen die vom Imperialismus verursachten Zustände in den neokolonial abhängigen und unterdrückten Ländern. Die imperialistischen Staaten reagieren darauf mit rigoroser Abschottung, millionenfacher Unterdrückung des Rechts auf Flucht und Asyl sowie rassistischer Diskriminierung der Flüchtenden. Zu einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik sind die imperialistischen Staaten weder bereit noch in der Lage.

In der Bevölkerung entwickelt sich wachsender Unmut über die Wirklichkeit der »Globalisierung«. Besorgt berichtete Der Spiegel am 20. Mai 2020:

»In einer aktuellen SPIEGEL-Umfrage geben nur noch 38,3 Prozent der Befragten an, die Globalisierung eher als Chance anzusehen, 57,7 Prozent empfinden sie hingegen als Risiko. Zum Vergleich: Im Mai 2017 empfanden 63,5 Prozent der Befragten die Globalisierung als Chance, nur 38,8 Prozent ... als riskant.«

¹⁴ www.welthungerhilfe.de 19. 11. 2021

¹⁵ Ende 2020 waren nach Angaben der UNO-Flüchtlingsagentur UNHCR weltweit 82,4 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter 48 Millionen Binnenvertriebene.

Eine zunehmende latente Vertrauenskrise in Regierungen, Parlamente und bürgerliche Parteien destabilisierte schleichend die kapitalistischen und imperialistischen Staaten. Die bürgerliche Ideologie über die Vorzüge der »Globalisierung« geriet mitsamt ihrer kleinbürgerlichen Illusionen in eine offene Krise.

2. Die bürgerliche politische Ökonomie – ein Scherbenhaufen

Die bürgerliche Ökonomie war noch nie ein Fachgebiet, das die Bezeichnung »Wissenschaft« verdient. Sie taugt nur dazu, den Kapitalismus und die bürgerliche Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen. Karl Marx polemisiert treffend gegen die *»große Schönheit der kapitalistischen Produktion«*, deren Ausbeutungsverhältnis *»der politische Ökonom ... breimäulig umlügen kann in ein freies Kontraktverhältnis von Käufer und Verkäufer, von gleich unabhängigen Warenbesitzern, Besitzern der Ware Kapital und der Ware Arbeit.«*¹⁶

Während die bürgerliche Ökonomie das **Verhältnis zwischen Dingen** interessiert, untersucht die marxistische Kritik an der politischen Ökonomie des Kapitalismus vor allem die **Verhältnisse zwischen den Menschen**. Die bürgerlichen Ökonomen leisten bestenfalls Beiträge zur pseudowissenschaftlichen Verklausulierung des ausbeuterischen Charakters der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie sammeln durchaus Erfahrungen über die Entwicklung der Technik, der Produktion und des Handels, der Märkte und der Börsen. Niemals dringen sie jedoch zu den Gesetzmäßigkeiten

¹⁶ Karl Marx, »Das Kapital. Erster Band«, Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 796/797

der kapitalistischen Produktionsweise vor, ja sie bestreiten sogar vehement deren Existenz. Sie betreiben systematisch Zweckpropaganda, die mit vordergründigen Einschätzungen und fragwürdigen Prognosen die Wirklichkeit manipulativ verzerrt.

Regelmäßig jammern die Unternehmerverbände in den Tarifrunden mit den Gewerkschaften über die verheerende wirtschaftliche Lage – unabhängig davon, wie sich diese tatsächlich entwickelt. Einziges Ziel ist dabei, die Arbeiter von angeblich überhöhten Lohn- und Gehaltsforderungen abzuhalten. In Wahlkampfsituationen dagegen zeichnen sie das strahlende Bild einer blühenden Wirtschaft, um ihre Wunschregierung propagandistisch zu unterstützen. Deshalb empfiehlt es sich, Wirtschaftsprognosen der bürgerlichen Ökonomen und Politiker grundsätzlich zu hinterfragen.

Mit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008 bis 2014 stand die bürgerliche politische Ökonomie vor einem Scherbenhaufen. Keines der internationalen bürgerlichen Wirtschaftsinstitute und keine imperialistische Regierung hat mit dem damaligen Krisenausbruch gerechnet oder besaß auch nur eine vage Vorahnung über Ausmaß, Tiefe und Dauer des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Illing nahm Professoren, die seine Kollegen waren, für ihre Fehleinschätzungen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008 in der Süddeutschen Zeitung sogar noch in Schutz:

»Genausowenig, wie man den Zeitpunkt eines Erdbebens nie vorhersehen kann, kann man auch nicht vorhersagen, wann in einer Volkswirtschaft eine Krise ausbricht.«¹⁷

Der Vergleich mit Erdbeben stellt Wirtschaftskrisen als unerklärliche, plötzlich über die Menschheit hereinbrechende

¹⁷ Süddeutsche Zeitung, 14. 10. 2016

Naturkatastrophen dar. Deshalb muss auch niemand Verantwortung für sie übernehmen.

Zutreffende Prognosen der Marxisten-Leninisten

Auch die Politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus kann angesichts der Komplexität der internationalen Wirtschaftsentwicklung keine exakten Zeitangaben für einen Krisenausbruch machen. Mehr noch gilt das für das konkrete Ausmaß, die Tiefe und die Auswirkungen der jeweiligen Krisen. Zu komplex sind Wechselwirkungen mit Erscheinungen in der Natur, mit der politischen Entwicklung, aber auch mit der Entwicklung des Klassenkampfes.

Sehr wohl aber ist die Arbeiterklasse in der Lage, auf der Grundlage der Politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus den gesetzmäßigen Verlauf des Krisenzyklus zu analysieren und zutreffende Prognosen zu entwickeln. Noch 2007 ging die Merkel/Steinmeier-Regierung von CDU/CSU und SPD dank ihrer selbstgerechten Illusion vom **krisenfreien Kapitalismus** von einem *»langanhaltenden Aufschwung bis zum Jahre 2020«*¹⁸ aus. Das Zentralkomitee der MLPD dagegen machte bereits Mitte 2008 *»Vorwehen einer ... Weltwirtschaftskrise«* aus:

*»Über den Zeitpunkt kann man keine genauen Angaben machen – bei dieser chaotischen Wirtschaft sowieso nicht. Sie wird wahrscheinlich sehr viel tiefere Ausschläge haben als die vorangegangenen Weltwirtschaftskrisen 1981, 1991 und 2001.«*¹⁹

Schon vier Monate später wurde der Crash der fünf größten Investmentbanken der USA zum Auslöser der bis dahin **tief-**

¹⁸ zitiert nach: Stefan Engel, »Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen«, S. 11/12

¹⁹ Dokumente des Hamburger Parteitags der MLPD (VIII. Parteitag), 2008, S. 37

sten Weltwirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus.

Die zutreffenden Wirtschaftsprognosen der Marxisten-Leninisten beruhen auf der Anwendung des **Krisengesetzes des Kapitalismus**. Karl Marx verallgemeinerte es bereits vor über 150 Jahren als **Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate**. Es »drückt ... das fallende Verhältnis des Mehrwerts selbst zum vorgeschossenen Gesamtkapital aus«²⁰.

Um dem Fall der **Profitrate** entgegenzuwirken, streben die Kapitalisten mit aller Kraft danach, die **Profitmasse** zu steigern. Sie dehnen die Produktion als ganze aus, beziehen immer mehr Arbeiter ein in die Lohnarbeit, steigern den Grad ihrer Ausbeutung oder dehnen fortwährend ihre Arbeitszeit aus. Bleiben dennoch die erwünschten Profite aus, weil die gesteigerte Warenmenge von stagnierenden Märkten nicht mehr aufgenommen werden kann, wächst das **überschüssige Kapital**, das nicht mehr Maximalprofit bringend in den Reproduktionsprozess eingebracht werden kann. Diese Entwicklung verursacht **zyklische Überproduktionskrisen**, meist begleitet von Börsen- und Bankencrashes und oft eng verwoben mit Strukturkrisen im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess. Mit Gewalt bricht sich dann eine Kapitalvernichtung Bahn, sei es in Form von Produktionsstillständen, Betriebsstilllegungen, Massenentlassungen oder Vernichtung schon produzierter Waren. Der Prozess von Produktion und Reproduktion kann erst weitergehen und die Waren- und Geldzirkulation wieder relativ reibungslos funktionieren, wenn sich neue Investitionen rentieren. Staatliche Wirtschaftsprogramme können den Krisenausbruch zwar hinauszögern, ihn mit staatlichen Maßnahmen zeitweilig abdämpfen wie 2018 oder die Finanzströme künstlich aufrecht-

²⁰ Karl Marx, »Das Kapital. Dritter Band«, Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 224